1. **Der Streik**: Der Streik war eine der Möglichkeiten seitens der Arbeiter, um ihre Interessen gegenüber den Unternehmern durchzusetzen; Nachteil daran war, dass die Arbeiter damit ihren Arbeitsplatz riskierten (fehlender Kündigungsschutz)! Des Weiteren verzichteten viele Unternehmer nicht freiwillig auf ihren Profit. Langfristig mussten also andere Lösungen gefunden werden.

* **Möglichkeit 1**: Staatliche Regelungen zur Verbesserung der Situation der Arbeiter
* **Möglichkeit 2**: Etablierung der Arbeiterschaft auf politischer Ebene, um Arbeiterinteressen durchzusetzen (Problem: Konservative Regierung 🡨 🡪 Liberales Gedankengut der Arbeiter/Forderung nach mehr Mitspracherechten)

1. **Maßnahmen unterschiedlicher Seiten**

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| *Arbeiterbewegung* | *SPD 🡪 Durchsetzung* | *Kommunisten* | *Kirche* | *Staatliche Maßnahmen* |
| Forderung nach mehr Rechten (Gleichheit), v.a. zum Schutz der Existenz der Arbeiterorganisationen/  Gewerkschaften  Forderung nach  Gerechten Löhnen  Kündigungsschutz  Gerechte Arbeitszeiten  **Ziel**: Verhinderung einer Ausbeutung durch die Arbeitgeber; v.a. willkürliche Kündigung | Forderung nach Abschaffung der Klassengesellschaft  „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“  Forderung nach einer Volksvertretung (Parlament)  Forderung nach Meinungs- und Versammlungsfreiheit  Forderung nach Gleichberechtigung von Mann und Frau  Forderung nach Steuern für öffentliche Einrichtungen  Einführung der Schulpflicht/Bildung für alle  Forderung nach Arbeiterschutzgesetz, u.a. Arbeiterversicherung, Sicherung des Koalitionsrechts, Überwachung der Betriebe | Forderung nach der Enteignung des Grundeigentums  Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben  Starke Progressivsteuer  Abschaffung des Erbrechts  Beschlagnahmung des Eigentum von Immigranten und Emigranten  Schaffung einer Nationalbank (Steuerung der Kreditvergabe)  Ausbau der Infrastruktur  Verstaatlichung der Produktion/Vereinigung der Betriebe  Arbeitszwang für alle  Abschaffung der Kinderarbeit  Abschaffung der Ständegesellschaft/Privilegienordnung   * Jeder ist „gleich“!   Durch Revolution „von unten“ (Umkehrung der Verhältnisse) | Forderung nach mehr christliche Werte (Nächstenliebe, Verzicht auf Raub und Diebstahl)  Rückbesinnung auf diese Werte   * Unterweisung in christlichen Lehren mit dem Ziel eines Bewusstseinswandels hin zum „gemeinschaftlichen Denken“   Forderung nach Bildung christlicher Gemeinschaften  Forderung nach mehr Bescheidenheit; Ziel: Abschaffung der „Begehrlichkeiten“ nach mehr Reichtum  Christliche Werte müssen Eingang in Politik und Wirtschaft finden  Schaffung praktischer Hilfen durch Institutionen, z.B. Anstalten für arbeitsunfähige Arbeiter; Familienberatungsstelle; Bildungseinrichtungen; Gründung von Arbeiterverbänden und Genossenschaften; | a) **Sozialistengesetze**: Verbot von sozialistischen Organisationen, Versammlungen, Druckschriften  🡪 Verbot, sonst Strafe, u.a. Gefängnisstrafe  b) **Sozialversicherung**  - Unfallversicherung  - Krankenversicherung  - Altersvorsorge (Rente)/Invaliditätsversicherung |
| *Wirkung* | | | | |
| Durchsetzung von Gewerkschaften als zentrale Organisation zur Vertretung von Arbeiterinteressen | Heute umgesetzt in den Grundrechten  Beteiligung des Volkes/Partizipationsmöglichkeiten im Parlament (Wahlen)  Arbeiterschutzgesetz (z.B. Kündigungsschutz), Arbeiterversicherung … | > kann sich nicht durchsetzen, vgl. Geschichte der UdSSR/DDR!  > schafft neue Konflikte und „neue politische Elite“ | > mögliches Netz, das die Ärmsten auffängt (vgl. Kolping-Werk)  > Orientierung für den Einzelnen | > kurzfristig: geringfügige Wirkung  🡪 aber: Sozialdisziplinierung, d.h. Veränderung im Verhalten der Arbeiter mit sich selbst; mehr Loyalität  > Sozialstaat |